

ank
Mark
statt
im

Alkoholismus.
abends 8 Uhr
alle
erabend

Oberrail. 215-
2110
Arbeit an der
auch die Haus-

Dr. Bretschneider.
1901
r, Marktstr. 227

Kohltrabi,
barber,
viebel,
Käse,
Erntekäse,
melstreichkäse.

V.B.
ng an der Auf-
des Vereins
Alkoholismus
Samstag
Uhr. 2109

fortigen oder
Eintritt eine An-
örfen-
herinnen
für Heimarbeit
esucht.

rentfabrik Nagold
m. b. H. 2127
Nagold.

Stoppfalat
rend zu haben bei
n Raaf, Wänter.

Stottesdienft
stelsfest (11. Juni)
Uhr Predigt (Witt-
abender Bräutigame)
das Wollwetter der
11 Uhr Kin-
abends 5 Uhr
Witt-
Predigt 9 Uhr. Witt-
von 2 Uhr an
Konferenz-
haus.

Stottesdienft
stengesellschaft
vom 1. 10 U. Per-
11 U. Sonn-
abends 8 U. Predigt
abds. 8 U. Gebetsde.
außen Sonntag abds.
6. 9. Gottl. Besf.
abds. 8 1/2 U. Predigt.

Stottesdienft
11. Juni (Verfallig-
Uhr Beichtgeheimheit,
1/2 Uhr Andacht,
15. Juni (Frei-
1/2 Uhr Amt mit
2 Uhr Deutsche Belpen,
abends 8
U.

erscheint an jedem Werk-
tag, Bestellungen nehmen
sämtliche Postanstalten
und Soldaten entgegen.
Bezugspreis: in
Nagold, durch d. Agenten,
durch d. Post einschl. Post-
gebühren monatl. 4 1/2.-
Einzelnummer 70 J.
Anzeigen-Gebühr für die
einpaltige Zeile aus ge-
wöhnlicher Schrift oder
deren Raum bei einmali-
ger Einrückung 4 2.-,
bei mehrmaliger Rückat
nach Tarif. Bei gerichtl.
Verbreitung v. Kontrakten
ist der Rabatt hinällig.

Der Gesellschafter

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Nagold

Gegründet 1828

Nagolder Tagblatt

Schulleitung, Druck und Verlag von G. M. Salzer (Carl Salzer) Nagold.

Samstag den 12. Juni 1922

Bezeichnete Zeitung im
Oberamtsbezirk. — An-
zeigen sind dabei von
bestem Erfolg.
Für jede Zeile wird tes-
tlich bezahlt übernommen.
Es wird keine Gewähr dafür
übernommen, daß Anzeigen
oder Briefe in bestimmten
Ausgaben aber an der ge-
wöhnlichen Stelle erscheinen.
In Fällen von höherer Ge-
walt behält sich Verleger auf
Übertragung der Haftung über auf
Kündigung d. Verlagsvertrags.
Telegramm-Adresse:
Gesellschafter Nagold.
Postfachkonto:
Stuttgart 5110.

Nr. 184

Montag den 12. Juni 1922

96. Jahrgang

Die Morgan-Anleihe-Verhandlungen

Die Verhandlungen Pierpont Morgans mit dem Ver-
band, die zunächst mit Frankreich zu führen sind, sind auf
Schwierigkeiten gestoßen. Jedemfalls war es Morgan wäh-
rend des Krieges leichter, seine Geschäfte mit dem Verband
zu machen als heute. Morgan hatte als Bankier der Enten-
teile in den Vereinigten Staaten während des Kriegs einen
so bedeutenden Einfluß auf die Geschäfte der Entente, daß
man sich dies immer wieder vor Augen halten muß, um die
Pariser Verhandlungen richtig einzuschätzen. Jede Hoff-
nung hinsichtlich irgend welcher Vorteile für Deutsch-
land aus diesen Verhandlungen ist überflüssig. Ja geradezu
schädlich. Man wird so lange verhandeln und die Dinge so
drehen, bis Morgan, dem sicher ein ganz bestimmtes Ziel
vorschwebt, sich mit den Franzosen zusammenfindet, auf
Kosten Deutschlands natürlich.

Zunächst drehen sich die Verhandlungen offenbar um
die Einreichung der deutschen Anleihe in den Rahmen der
Entschädigungszahlungen. Es wurde dabei auch die Frage
der Herabsetzung der Gesamtsumme Deutschlands beraten.
Diese Herabsetzung wurde, wie die französische Presse mel-
det, davon abhängig gemacht, daß eine Streichung der
Schulden der Verbündeten unter sich erfolgt. Für Ameri-
ka wäre das ein sehr erheblicher Betrag, denn die Schuld-
verpflichtungen der Verbündeten an die Vereinigten Staaten
werden auf 15 Milliarden Dollar angegeben, wogegen 10
Milliarden allein an die Regierung der Vereinigten Staaten.
Diese letztere Summe zu streichen ist höchstens für die
Regierung der Vereinigten Staaten politisch unbedenklich,
sie wird aber vielleicht in der Form einer „ewigen Schuld“
in den Schornstein geschrieben werden. Anders liegt es
mit den Schulden an Private, wovon heute vielleicht noch
2 Milliarden der Regierungen der Verbündeten an ameri-
kanische Bankiers usw., also an Privatpersonen entfallen.
Diese müssen wohl abgetragen werden, wenn nicht die
amerikanische Regierung auch noch diesen Rest der Kriegs-
schulden der Verbündeten in Amerika übernehmen will.
In welchem Umfang das Bankhaus Morgan an dieser Summe
beteiligt ist, wäre interessant zu erfahren. Schließlich ist
nämlich die Höhe der schwebenden Schulden der Ver-
bündeten an Private in den Vereinigten Staaten die Haupt-
ursache, daß sich Morgan wegen der Abdeckung dieser
Schulden nach Europa bemüht hat. Anwie-
weit er daneben auch noch die Interessen der Regierung
der Vereinigten Staaten wahrzunehmen hat, ist bisher
nicht klar geworden.

Bei der Deutschland auswertenden Anleihe wird man
es also voraussichtlich mit dreierlei Zweckbestimmungen
zu tun haben: Einmal um die den Franzosen zu ge-
währende Summe aus unseren Entschädigungsverpflichtun-
gen, zweitens um die Deutschland für Warenbezüge aus
Amerika oder Volontärswecken vorzustreckende Summe,
wodurch eine — natürlich nur vorübergehende —
Festigung der Markt erreicht werden soll, und drittens
noch um einen Betrag zur Abdeckung von Verbündeten-
Schulden beim Bankhaus Morgan. Das Interesse Morgans
an diesem großen Anleihegeschäft, wofür Deutschland als
Schnelverleiher auf Grund des Versailles Vertrags in Anspruch
genommen wird, ist also aus den verschiedensten Gründen
erkärllich, und man wird es auch verstehen, wenn Morgan
sich nicht gerade auf die Verminderung der Entschädigungs-
leistungen und Zahlungen versteht, sobald er nur für eine
Anleihe die nötigen Sicherheiten von Frankreich erhält.
Der Zustimmung Englands kann er gewiß sein, wenn er
es fertig bekommt, die deutsche Währung zu festigen, und
zwar wenn möglich dauernd. Zwar hat die deutsche Regie-
rung sich verpflichtet, nach dem 1. April 1922 ihre schwe-
bende Schuld über die damalige Summe von 172 Milliar-
den nicht mehr hinausgeben zu lassen — inzwischen ist
diese Summe allerdings bereits um 13 Milliarden über-
schritten —, aber es ist noch nicht festgelegt, daß auch die
Notenausgabe der Reichsbank nun begrenzt werden soll.
Angenommen ist allerdings, daß diese Forderung mit der
uns aufzuerlegenden Morgan-Anleihe kommen würde.

Man kann es aus diesem Grund verstehen, daß sich
namentlich in der deutschen Industrie bereits starke
Besorgnisse bemerkbar machen. Allerdings, so oder so,
wenn die Anleihe kommt, ist mit einer Festigung der Markt-
und zwar vielleicht einer ziemlich unermittelt eintreten-
den, zu rechnen. Nach den Erfahrungen des Sommers
1920 bedeutet das das Herinbrechen einer Industriekri-
se. Die Besorgnisse sind daher durchaus zu verstehen,
jedoch muß man die Frage aufwerfen, ob denn die Indu-
strie glaubt, daß wir die fortschreitende Entwertung der
Markt verewigen sollen. Einmal muß doch der Augen-

blick eintreten, wo die Festigung sich einstellt. Seitens der
Regierung allerdings müßten vorher alle zwangswirt-
schaftlichen Maßnahmen beseitigt sein, dann kann die Festi-
gung nicht mehr so unheilvoll wirken, als bei Fortbestehen
dieser Maßnahmen. Bekommen wir aber die Anleihe und
werden wir ebenso unvermittelt gezwungen, wie die schwe-
bende Schuld nicht zu vermehren, so auch keine Noten über
eine bestimmte Menge hinaus in den Verkehr zu bringen,
dann ist mit Sicherheit eine fürchterliche, nicht auszudenkende
Wirtschaftskatastrophe unvermeidbar.

Ob eine Auslandsanleihe für uns vorteilhaft ist oder
nicht, wird im übrigen ganz davon abhängen, wie sie zu
unserer Leistungsfähigkeit steht und welchen Einfluß sie auf
unsere Entschädigungszahlungen hat, d. h. in welchem Um-
fang daraufhin unsere Gesamtverpflichtungen eine unserer
Leistungsfähigkeit entsprechende Herabsetzung erfahren.
Von Wichtigkeit wird auch sein, daß wir auf keinen Fall
uns höhere Zinssätze auferlegen lassen, daß also eine etwa
5prozentige Verzinsung der Morgan-Anleihe, von der man
spricht, nicht ohne entsprechenden Einfluß auf den Betrag
unserer bisher nur zu 5 Prozent Zinsen und 1 Prozent
Zinsgana der Entente hinausgehenden Obligationen bleibt.

Poincaré entlarvt sich selbst

Von einem Außenpolitiker

Ministerpräsident Poincaré hat seine Politik der
nächsten Zukunft in einer Rede in der Kammer und im
Senatsauschuß aufgedeckt: es seien alle Maßnahmen ge-
troffen, um „Sanktionen“ verschiedener Art an dem Tag zu
ergreifen, an dem die Entschädigungskommission eine Ver-
sehung Deutschlands feststelle. Er wartet also nur auf
einen ihm günstigen Spruch der Kommission, um über
Deutschland herzufallen. Es braucht ja nicht der
Einmarsch ins Ruhrgebiet zu sein. Man könne sich
„bequemere und wirksamere“ Sanktionen bedenten. Welche
Art, das bleibt dunkel. Jedenfalls war Poincaré noch im
Senatsauschuß der Meinung, die internationale Anleihe
sei nicht unmöglich. Sie kann also neben den „Sanktionen“
eingehergehen? Unterdessen hat ihm die Entschädigungskom-
mission einen Strich durch die Rechnung gemacht, indem sie
auf Anfrage des Morganschen Anleiheauschusses erklärte,
der Ausfluß möge ruhig die Zahlungen Deutschlands als
eine abänderliche Verpflichtung betrachten, mit anderer
Worten: Die Abänderung der Verpflichtungen in Betracht
ziehen. Das heißt, so deutlich, wie die Anfrage der Bank-
iers, wurde die Antwort nicht gegeben. Man wickelte sie
in einen langweiligen, verwickelungen Satz ein. Aber
der Sinn ist deutlich: Die Vollmacht der Bank-Könige ist
erweitert. Sie dürfen Vorschläge über Herabsetzung der
deutschen Schuld machen. Sie dürfen ein Verrechnungsver-
fahren der Verbände- und der deutschen Schulden erfinden.
Alles nur vorschlagsweise, natürlich. Aber die große
Wendung ist da. Die Mehrheit der Kommission will es
so. John Bradburn (England), Salvago Ragg (Italien)
und sogar Delacroix (Belgien) stimmen dafür. Der Ameri-
kaner Vondan ließ an seiner Zustimmung keinen Zweifel.
Der französische Vertreter Dubois wurde überstimmt. Herr
Poincaré bleibt aber der Trost, daß im Versailles Vertrag
geschrieben steht: Bei Herabsetzung der deutschen Schuld
ist Einstimmgkeit der Entschädigungskommission erforderlich.
Wären sich alle die Bankiers ausdenken, was sie wollen, Herr
Dubois aber kann durch seine eine Stimme die schönste
Anleihe zu Fall bringen.

Auf diesen Ton waren die Erklärungen abgestimmt,
die Poincaré in einer schnellitzig zusammengetroffenen
Pressekonferenz abgab. Er meint jetzt auf einmal,
man brauche es nicht tragisch zu nehmen, wenn die inter-
nationale Anleihe ins Wasser falle. Dann damit seien die
Sanktionen gerettet. Das blühende
Schwert bleibt an seinem dünnen Haden über Deutschland
hängen. Gefänge der Anleiheplan mit dem der Schuld-
herabsetzung, so müßte Frankreich am Ende gar das linke
Rheinufer räumen, weil niemand mehr den Zweck der Be-
setzung einsehe. Nein, auf jeden Fall sei es für Frankreich
vorteilhafter, noch einige Zeit auf eine Anzahlung (aus der
Anleihe) zu verzichten, als seine „alten Rechte“ preisgeben.
Bei der Verrechnung der Kriegsschulden würde man sich
auch vor Amerika bloßstellen.

Damit war es heraus und am Tage, was die Politik
der französischen Regierung bisher in einer Anwendung
von Schamgefühl immerhin noch im Westen bewahrt hatte.
Radt und bloß steht der männlich wenig schöne Raymond
Poincaré vor der staunenden Welt. Am Eifer hat er zu-
gegeben, daß es ihm lieber ist, wenn Deutschland zu zahl-
ungsunfähig bleibt und Frankreich seine Forderun-
gen waffen, die Sanktionen, die Rheinbesetzung behält. Er
hat eingestanden, daß er am liebsten einer allgemeinen
Schuldenausgleichung aus dem Weg gehen möchte, weil
auch diese zu einer Enthüllung der wahren Ziele Frankreichs
und damit zu seiner Bloßstellung vor Amerika und der gan-
zen Welt führen müßte. Poincaré, der Inbegriff des ver-

blendeten Frankreichs, sagt sich an. Hört es die Welt und
wird sie nun endlich die Folgen ziehen?

Wirth und Rathenau in Stuttgart

Stuttgart, 10. Juni.

Die Begrüßung

Die anschließ des Besuchs des Reichskanzlers Dr. Wirth
und des Außenministers Dr. Rathenau bei der Würt. Regie-
rung angelegte politische Rede des Reichskanzlers fand
gestern abend im Konzerthall der Lieberhalle vor etwa 800
geladenen Gästen statt, denen neben den Mitgliedern der
Württembergischen Regierung eine große Anzahl Parlamen-
tarier, Vertreter der Militär-, Staats- und Kommunalbehörden,
der politischen Vereinigungen usw. anwohnten. Der Rede des
Reichskanzlers ging eine kurze Ansprache des Staatspräsidenten
Dr. Hiebert voraus, indem er der Treue und Anhänglichkeit
Schwabens zum Reich in beredten Worten Ausdruck gab.
Mit besonderem Nachdruck hob er die Tatsache hervor, daß
mit dem Vertrag von Rapallo zum ersten mal seit langer Zeit
weder deutsche selbständige Politik gemacht worden sei.

Der Reichskanzler über die Lage

Mit starkem Beifall begrüßt, ergriff hierauf Reichs-
kanzler Dr. Wirth das Wort. Er wies zunächst die Be-
hauptung zurück, daß die süddeutschen Politiker, die in Ber-
lin an berufener Stelle stehen, nach kurzer Zeit ihre Zuge-
hörigkeit zu Süddeutschland vergessen hätten. Das Ziel
unserer Politik sei das Wohl des deutschen Volks und die
Erhaltung seiner politischen und wirtschaftlichen Einheit.
Die letzten Gefahren für diese Einheit seien noch nicht
verschunden. Nicht ein mächtiges, wieder er-
starktes Deutschland sei für Europa erforderlich, sondern ein
zerziffenes deutsches Volk. Die große Aufgabe der Erhaltung
des Reichs könne nur gelöst werden unter der Mitarbeit
der deutschen Arbeiterschaft aller Richtungen, die ge-
werkschaftlich denken und gewerkschaftlich organisiert sind.
Auch alle Beamtenverbände müssen diesem Gebote
mit ganz besonderem Eifer dienen. Die Wiesenaufrage,
vor die die Teuerung uns stellt, könne nicht mit der
Notenpresse gelöst werden, sondern müsse als große
sozialpolitische Aufgabe des deutschen Volks betrachtet
werden.

Den Fortschritt in den Beziehungen des Deutschen Reichs
zu den früheren feindlichen Staaten glaubt der Reichs-
kanzler am deutlichsten an der zu uns geführten Sprache
kennzeichnen zu dürfen. Vor einem Jahr wurde noch
im Ton des Ultimatum und der Diktatur mit Deutsch-
land gesprochen. Ganz anders sei es auf der Konferenz in
Genève gewesen, wo man sich an einen Verhandlungs-
weg gesetzt und begonnen habe, in ruhiger nächster Form
miteinander zu sprechen. Das wäre mit einer Politik der
Ablehnung und des widerständlichen Geschehens nicht
erreicht worden. Die Genuefer Konferenz habe weiter ge-
zeigt, daß die Vertreter des Reichs politisch wieder Boden
unter den Füßen gehabt haben. Der Vertrag von Rapallo
und das wirtschaftliche Zusammenarbeiten mit Rus-
lande werde nicht nur uns, sondern dem ganzen dahin-
stehenden Europa zum Vorteil dienen. Der Vertrag von
Rapallo werde nicht der letzte von europäischen Völkern mit
der Ostwelt sein, sondern der erste; bald werden weitere
nachfolgen. Es gab in Genueva sehr wichtige Fragen,
über die nicht amtlich gesprochen wurde. Die wichtigste
Frage, die deutsche, kam amtlich nicht zur Sprache. Aber
wo sich zwei vernünftige Menschen in Genueva trafen, wurde
über die Kriegsentwädigung gesprochen, die zur
Weltfrage geworden ist. Die große Aufgabe der deut-
schen Politik ist es, die Frage der Entwädigung, die in
Wirklichkeit eine Kriegskontribution ist, aus dem
Hegenteffel der Politik auf den Boden wirtschaftlicher Er-
wägungen zu bringen.

Die Finanzleute des Anleiheauschusses haben ein ver-
nichtendes Urteil über den unsinnigen Zahlungsplan des
Londoner Ultimatum abgegeben. Wenn wir ver-
suchen, eine ruhige Lage in der Welt zu schaffen, dürfen
hinter der Regierung die politischen Brücken nicht abge-
brochen werden. Im Rückblick auf die politischen Krisen des
Jahres danke ich dem demokratischen Deutschland und der
deutschen Arbeiterwelt für das Vertrauen, das sie in die
schweren Weg, den wir gehen mußten, gesetzt hat. Noch
hält sich Amerika abseits. Die amerikanische Volksseele war
in mildem kriegerischem Haß bis zu 90 Prozent gegen das
deutsche Volk entzündet.

Welcher Richtung Sie auch politisch angehören mögen,
treten Sie hinter das demokratische Deutschland, für ein
selbständiges, unabhängiges deutsches Volk ein. Das ist die
Wiedergewinnung jener nationalen Festigkeit, die uns zu
niemandes Herr und zu niemandes Knecht zwingt, sondern
die neben den andern Völkern in friedlichem Wiederaufbau
Europas ihr Ziel und ihre große politische Aufgabe sieht.
(Stürmischer Beifall.)

Die Rede Rathenaus

Reichsminister Dr. Rathenau führte diese Gedanken
auf dem Gebiet der internationalen Finanzfragen weiter.



Im Londoner Ultimatum von 1921 wurde von uns Gold gefordert, das wir nicht erzeugen. In Wiesbaden wurde anerkannt, daß nicht Gold unser Zahlungsmittel sein könne, sondern nur Gut und Ware. Im Herbst dümmerte in England die weitere Erkenntnis auf, daß wenn ein Land im Uebermaß Arbeit leistet, dadurch andere Völker geschädigt werden, indem eine Zerrüttung der Märkte der Erde folgen muß. So wird die wirtschaftliche Verflochtenheit aller Länder begriffen. Jeder Ausfall eines Gliedes schadet der Gesamtheit. Dadurch wuchs der Gedanke der Weltkonferenz von Genua, welche zum erstenmal die Möglichkeit brachte, die deutsche Gesamtlage zu entwickeln. Die Frage war sehr einfach: Kann ein Kontinent gesund, wenn jeder jeden tief verschuldet ist? Kann eine Nation sich regen, wenn sie gleichzeitig Gläubiger und Schuldner von so und so viel andern ist? Die Wiederherstellung des Westens und Ostens ist eine der großen Aufgaben der Politik. Wir haben den Weg dazu eröffnet. Mit Rußland kann man nicht abrechnen wie mit einem schlechten Schuldner. Man kann mit ihm zusammenwirken in dem Augenblick, wo seine Not am größten ist. Der Vertrag von Rapallo konnte zu keinem andern Zeitpunkt abgeschlossen werden als in Genua, weil er reif war und weil bei den Russen das Gefühl entstand, hier erwacht uns in der Verlassenheit eine Hilfe. Wir rechnen in der Politik nicht mit Dankbarkeit. Im Haag, wo die russische Frage behandelt wird, werden wir nicht beteiligt sein, denn unsere Verhältnisse im Osten sind geregelt.

Die Berufung der Bankiers nach Paris, sagte Dr. Rathenau, sei das bedeutendste Ereignis nach dem Londoner Ultimatum gewesen, das nicht mehr rückgängig gemacht werden könne. Sie haben die Frage, ob Deutschland 133 Goldmilliarden bezahlen könne, mit einem glatten Nein beantwortet.

Zum Schluß bezeichnete Dr. Rathenau die Politik der Versöhnung, die die Reichsregierung eingeschlagen habe, als die einzig mögliche; ohne diese Politik wäre, wie aus einer Aeußerung Lord George's in Genua gegenüber dem Reichskanzler und ihm selbst (dem Redner) hervorgeht, der Bestand und die Zukunft des Deutschen Reichs aufs ernstlichste gefährdet gewesen.

Staatspräsident Dr. Hiebert schloß hierauf die Versammlung mit Worten des Dankes an die beiden Redner.

Prozeß Killinger

Offenburg, 10. Juni. Am Freitag versammelte sich die Gerichtskommission, bestehend aus ungefähr 50 Personen, zu einer Automobilfahrt nach Oppenau, den für die Beweisaufnahme in Betracht kommenden Reichstälern und dem Tatort nach der Kniebisstraße. Vom Hofamt waren mehrere Autos zur Verfügung gestellt. Mittels Bahn hatten sich schon am Donnerstag die Offenburger Beamten, sowie alle für die Vorgänge am Tatort und dessen näherer Umgebung in Frage kommenden Zeugen nach Oppenau begeben.

Nach zweitägiger Fahrt durch das Rendtal wurde in Oppenau das Gasthaus „zum Hirschen“ bestrahlt, in dem zuletzt Schulz und Tilsen am 21. August 1921 abends angekommen waren. Sie bewohnten ein im 2. Stock gelegenes Zimmer, das gegen den Herdofen gerichtet ist. Der Sohn des Wirts kam nach dem Mord auf den Gedanken, daß die beiden Gäste, wenn es die Täter sind, vielleicht irgend welche Gegenstände zum Fenster hinaus in den Hof geworfen haben könnten. Er suchte den Hof ab, der bei der damaligen Hitze und Dürre nur wenig Wasser führte, und fand tatsächlich auch die Schnitzel eines Zettels, der von einem Notizblock abgerissen war und die Telefonnummer des Sekretariats der Zentrumspartei in Stuttgart enthielt, ferner des Jordanbads bei Biberach und der Erzabtei Beuron. Daraus ging hervor, daß die Zimmerbewohner sich sehr interessiert hatten für den jeweiligen Aufenthalt des Reichstagsabg. Erzberger, der sich im August 1921 in Biberach, Beuron und Griesbach aufgehalten hat.

Volkswohl und Vaterlandverbesserung.

Von Sanitätsrat Dr. Doane. *)

Unsere Väter! Wer hat vor dem Kriege an unsere Väter gedacht? Was bedeutet es für unser Volk, daß unsere Väter schlecht steh? Es bedeutet nichts mehr und nichts weniger, als daß wir unseren Feinden, die uns aus Holz, Reich und Eiserstahl als Volk vernichten wollen, auf Glaubens und Unglaubens ausstehen, indem sie uns die Preise für die notwendigen Lebensmittel, die wir bei ihnen einkaufen, einfach so hoch schrauben, daß wir sie kaum noch bezahlen können. Die Börsen der uns feindlichen Länder bestimmen einfach: heute ist die Mark so und soviel wenig wert und morgen nur noch so viel. Und wenn ihr nicht wisst und alles tut, was wir wollen, dann bestimmen wir übermorgen, daß die Mark keinen Pfennig mehr wert ist, — und dann könnt ihr sehen, woher ihr euer Brot bekommt. So sprechen die Feinde, und wir Deutschen sind dumm genug, auf diese Lügen unserer Feinde hereinzufallen.

Es gibt ein sehr einfaches Mittel, um unsere Väter sehr schnell in die Höhe setzen zu lassen. Dann hätten wir billiges Brot, billiges Gemüse, billige Früchte, billiges Fleisch und billige Fische in ganz weitaus Jahren. Es bedarf nur ein ganz klein wenig guter Einsicht, guten Willens und ein klein wenig Tapferkeit. Von diesen drei Eigenschaften ist bis jetzt bei der neuen Regierung ebensowenig zu finden wie bei der alten.

Was können wir also tun, um unsere Väter aufzuheben? Sehr einfach, wir müssen mehr Korn, mehr Früchte, Gemüse, Schlachtwild, Wildschaf und Fische im eigenen Lande erzeugen.

Wie machen wir das? Wir haben in dem heutigen Deutschland einige hunderttausend Erwerbslose. In unseren Fischbänken und Weidgründen lauern noch einige hunderttausend G-fangene herum. Man nehme diese Hunderttausende von Männern, die letzteren unter guter Bewachung, und lasse sie die vielen tausend Hektar fruchtbarer Marschlandes an der Westküste von Friesland und Schleswig-Holstein durch Reichsbanner dem Meere abringen. Da man auf einem Hektar fruchtbarer Landes 12 bis 15 Zentner Weizen ernten kann,

*) Aus „Deutsche Worte“ vom 30. Mai 1922.

Es wurde festgestellt, daß man tatsächlich von der Bank auf dem Höhenweg, der dem Gasthaus gegenüberliegt, in die von Erzberger bewohnten Zimmer sehen konnte. Darauf fuhren die Automobile auf die neue Kniebisstraße und zu dem Tatort. Ein Polizeibeamter zeigte, wie die Schiffe abgeben sein mußten. Es wurde der Weg genau angegeben, den der Angeklagte von der Straße aus die Böschung herunter genommen hatte, bis er dann an der Tanne verfiel. Diese Tanne ist in ihrem unteren Teil fast ganz von der Rinde entblößt. Verehrer des Ermordeten haben sich große Rindenscheiben ausgeschnitten. Auch Herren, die an dieser Besichtigung teilgenommen waren, taten dasselbe. An dieser Stelle wird bekanntlich eine Kapelle errichtet werden. Auf dem Weg nach der Höhe des Kniebis wurde noch gezeigt, wo die Mörder den verschiedenen Zeugen begegnet waren.

Kleine politische Nachrichten.

Neuer Uebergriff der Rheinlandkommission

Berlin, 11. Juni. Die Wirtschaftskommission der Rheinlandskommission hat eigenmächtig die Ausfuhrhöchstpreise für Zinn festgesetzt, die 25 Proz. unter denjenigen Einfuhrhöchstpreisen liegen, die von der betreffenden deutschen Ausfuhrindustrie und dem Ausfuhrhandel beschlossen worden sind. Der widerrechtliche Eingriff in die innerdeutsche Wirtschaft würde binnen kurzem dazu führen können, daß die gesamte Industrie des besetzten Gebiets hinsichtlich der Ausfuhrhöchstpreise von der Rheinlandkommission kommandiert würde.

Notenleihe in Oesterreich.

Wien, 11. Juni. Der Nationalrat ermächtigte den Finanzminister, zur Deckung des Fehlbetrags des Staatsanleihen im Betrag von 220 Milliarden Kronen aufzunehmen. Der großdeutsche Abgeordnete Pfaffing erklärte, wenn die Räte sich nicht zu einer Anleihe entschließen, so werde gegen ihren Willen der Anschluß an Deutschland sich als Notwendigkeit wider Erwarten rasch vollziehen.

Vertagung des Anleiheauschusses.

Paris, 11. Juni. Die Blätter melden übereinstimmend, daß der Anleiheauschuß seine Arbeit einstellt und, ohne zu einem Ergebnis gelangt zu sein, sich der Form nach aus drei Monate vertagt.

Die Blätter meinen, der Ausschuß wolle erst die amerikanischen Herbstwahlen abwarten, von deren Ergebnis es abhängt, ob die Kriegsschulden des Verbands von der amerikanischen Regierung allenfalls erlassen werden. Ede man in dieser Frage klarer sehe, könne man nicht daran denken, eine große Entschuldigungsanleihe für Deutschland aufzubringen, eine kleine Anleihe allein oder werde wenig Wert haben.

Noch keine Entscheidung über die Haager Konferenz.

Paris, 11. Juni. Bezüglich des Zustandekommens der Konferenz im Haag wird, wie das „Journal“ schreibt, durch die Denkschrift Poincarés noch keinerlei Entscheidung getroffen. Der Ministerpräsident wollte nur in einem diplomatischen Gedankenaustausch die Bedingungen darlegen, die für die Beteiligung Frankreichs maßgebend seien. Die Regierung selbst habe keine Entscheidung getroffen. Die Konferenz soll bekanntlich am 15. Juni beginnen.

Am Attentat auf Scheidemann.

Kassel, 10. Juni. In der Angelegenheit des Attentats auf Oberbürgermeister Scheidemann sind bisher bei der Oberstaatsanwaltschaft eine Unmenge Anzeigen eingegangen, deren Nachprüfung ihre völlige Haltlosigkeit erwiesen hat. Auch die bisher als mutmaßliche Täter festgenommenen Personen wurden wieder freigelassen, weil sie als Täter nicht in Frage kommen. Es wird jedoch eine ernsthafte Spur verfolgt. Die Ansicht, daß es sich um ein ernsthaftes Attentat handelt, ist

so ist leicht zu errechnen, wieviel Millionen Zentner Weizen mehr wir erzeugen könnten, die wir dann nicht mehr dem Nordamerika, Argentinien oder Australien einzukaufen brauchen. Sodann schide man den Rest der Erwerbslosen in unsere Oedländerereien, von denen wir weit mehr als 3 Millionen Hektar liegen haben, die in wenigen Jahren in fruchtbares Ackerland umzuwandeln sind.

Damit die Erwerbslosen in diesen Gegenden als Landarbeiter gleich angestellt werden können, brauchen wir Häuser. Unsere Vorfahren haben bereits vor Hunderten von Jahren Häuser aus Fachwerk gebaut — die zum Teil heute noch stehen. — Die Fachwerkdämme mit Reisig und Lehm ausgefüllt. Die Verwaltung unserer fiskalischen Wäldungen möge hier endlich einmal den fiskalischen Standpunkt beiseite lassen, dessen Weisheit darin gipfelt, möglichst hohe Preise aus den Wäldungen herauszuschlagen. Vielmehr sei der leitende Gesichtspunkt der, möglichst preiswert und möglichst schnell viele kleine Häuser zu schaffen für die Arbeiter, die diese Oedländerereien in Ackerland umzuwandeln. So hat es der Große Kurfürst, so hat es Friedrich der Große gemacht. Unseren Großgrundbesitzern oder sei es verboten, polnisches Volk ins Land zu ziehen. Sie sollen vielmehr so viele deutsche Arbeiter auf ihren Besitzungen ansiedeln, wenn auch mit staatlicher Hilfe, wie sie zu deren Bewirtschaftung brauchen, und ihnen so viel Land geben, daß sie mit ihren Familien gut leben können. Die fremden Polen und Galizier essen uns nur unser Brot weg und schleppen unser Geld ins Ausland. Das ist keine gesunde Volkswirtschaft und schädigt unsere Väter.

Die Landgemeinden der Stadtverwaltungen müssen das Recht erhalten, um für die dringend notwendigen Arbeiterwohnungen, freilich nicht für die menschenmordenden, viel zu teuren Wohnkasernen, sondern für kleine Einzel- und Doppelhäuser mit Stall und Garten, soviel Land zu enteignen, wie nötig ist, um die Bevölkerung gesundheitslich und wirtschaftlich so unterzubringen, daß sie durch ihrer Hände Arbeit in eigenen Gärten während ihrer Freistunden, die ihnen der achtstündige Arbeitstag läßt, zu einem Teil wenigstens sich vom Lebensmittelmarkt durch Selbsterzeugung von Obst und Gemüse, Kartoffeln und Kleinvieh unabhängig machen können. Erst dann beginnt der Vorschub einen Wert darzustellen, mit dem der Arbeiter rechnen kann. Solange er keinen eigenen Garten hat, fällt seine Lohnverhöhung nur in die Taschen

durch das Ergebnis der amtlichen Untersuchung bestätigt. Es handelt sich bei dem Inhalt der von dem Täter benutzten Ballenspritz um mit Äther gebundene Blausäure.

Das Malinzer Kriegsgerichtsurteil

Berlin, 9. Juni. Der Deutsche Offiziersbund schreibt: Die Bundesleitung hat am 19. Mai das Kriegsgericht benachrichtigt, daß infolge des Verbots im besetzten Gebiet die ehemaligen Offiziere dort aus den Bundeslisten gestrichen worden sind, und daß der Bund zu den militärischen Einrichtungen im Reich in keinen Beziehungen mehr steht. Trotzdem hat das Kriegsgericht die deutschen Offiziere verurteilt. Dieses unfähbare Schandurteil ist ein erschrecklicher Beweis für die empörende Willkürherrschaft. Der Bund hat sofort Schritte bei der Reichsregierung unternommen.

Berlin, 9. Juni. Die Besprechungen im Reichsernährungsministerium über die Getreideumlage blieben ergebnislos. Die Veröffentlichung der „Freiheit“ (Anzahl) über angeblich Ratsschlüsse, wie die Landwirte sich der Umlage entziehen können, hat sich als Fälschung erwiesen.

Wahlzwang in Frankreich.

Paris, 11. Juni. Der Konventionsschuß hat mit 8 gegen 2 Stimmen einem Gesetz zugestimmt, durch das der Zwang der Stimmabgabe bei öffentlichen Wahlen eingeführt wird.

Allgemeine Schulpflicht in China

ep. China trifft unter Vorantritt Kantons und andere Städte erste allgemeine Schulpflicht für beide Geschlechter durchzuführen und sieht damit eine Kulturmaßnahme riesigen Wertes an. Handelt es sich doch im ganzen um 80—90 Millionen schulpflichtige Kinder, von denen zur Zeit erst etwa der zwanzigste Teil, 4½ Millionen, darunter nur wenig Mädchen, in 134 000 Schulen von 300 000 Lehrern unterrichtet wird. Es müßten aber mindestens 1 Million Schulen und zwei Millionen Lehrer sein. Neben den staatlichen Schulen bestehen rund 3000 protestantische mit 100 000 Schülern und 8000 katholische Missionsschulen mit 170 000 Schülern. Wie die neuen staatlichen Maßnahmen auf die freie Schulpflicht zurückwirken werden, bleibt noch abzuwarten.

Frankreichs Geburtenrückgang

Die „Echo de Paris“ mitteilt, hat im ersten Vierteljahr 1922 in 16 französischen Departements die Zahl der Todesfälle die der Geburten überstiegen; nur in 2 von 18 Departements ist ein Geburtenüberschuß zu verzeichnen; im Vorjahr waren es 40 Departements, die ein Mehr aufwiesen. Das „Echo de Paris“ urteilt: „Wenn man beachtet, daß bei der Zählung das erste Viertel des Jahres in Betracht kommt, das in jedem Jahre die stärkste Geburtenziffer zu verzeichnen hat, wenn man in Betracht zieht, daß die Geburtenziffer im Augenblick sehr stark durch die hohe Zahl der Heiraten in den Jahren 1919 und 1920 begünstigt wird, ist leicht vorauszusetzen, daß die Zahl der Todesfälle bald in jedem Jahre die Zahl der Geburten um 200 000 übersteigen wird. Es ist wirklich an der Zeit, daß die Behörden sich entschließen, die kinderreichen Familien durch etwas anderes zu ermutigen als durch gute Worte.“

Aus Stadt und Bezirk.

Ragold, den 12. Juni 1922.

v Personalveränderungen bei der Eisenbahn. Berichts wurde aus dienstlichen Gründen mit seinem Einverständnis Oberbahnwärter Josef Lehner auf Posten 22 der Abteilung Ragold nach Posten 16 der Abt. Gündringen. Feldherr wurden zu Bahnhofsverwaltern die Stationsmeister Wagner in Emmingen und Haas in Obhausen.

der Lebensmittelprefektanten, er selbst aber darbt weiter und — verlangt mehr Lohn, muß mehr Lohn verlangen, um leben zu können. — eine Schraube ohne Ende. Um 100 000 Arbeiter einer Großstadt in dieser Weise anzustellen, braucht man nur 5000 Hektar Land, auf zehn Straßen, die aus jeder Großstadt herausführen, verteilt, an jeder derselben 500 Hektar, soviel wie ein guter Bauernhof beträgt. Die Besitzer dieses zur Ansiedlung der Arbeiter benötigten Landes mögen zu dem Preise entschädigt werden, zu dem sie selbst ihren Landbesitz in ihrer Steuererklärung angelegt haben. So verlangt es die Gerechtigkeit!

Die Städte müssen ferner nach dem Vorbilde einzelner fortgeschrittenen Stadtverwaltungen lernen, mit ihren Rückgebliebenen städtische Schweinemästereien und Ruchhaltungen zu betreiben und ihren Müll zu billigerem Dung an die sie angehende Landwirtschaft zurückzuführen, damit diese ihnen billig und reichlich Gemüse, Obst und Korn liefern kann.

Die Städte und Großstädter halte man ferner an, daß sie ihre Abwässer bereit halten zur Verfrachtung und Verwässerung des die Städte umgebenden Landes, damit sie mit ihren Kloaken nicht länger die Flüsse verpesten. Sodann werden die Flüsse sich wieder mit Fischreichtum bedecken, wie die alte Zeit ihn in geradezu phantastischer Weise gekannt hat. Dann haben wir nicht mehr nötig, englische Rohlen zu kaufen, um die Köpfe unserer Väter den Säuren der Nordsee auszusetzen, damit sie — für die Engländer Fische fangen.

Eine letzte Aufgabe gibt es noch, die wir unbedingt lösen müssen, um unsere Väter zu heilen. Der Feindbund verlangt von Deutschland in 42 Jahren 3 200 000 Millionen Mark. Wir haben in dem letzten Jahr über 2500 Millionen Mark für Wein, 8500 Millionen Mark für Bier und 4000 Millionen Mark für Schnaps, zusammen 15 000 Millionen Mark für berausende Getränke ausgegeben. Der deutsche Banker hat bereits im Jahre 1920 die Ausgaben des deutschen Volkes für Tabak und berausende Getränke auf 35 Milliarden Mark. Fahren wir in dieser Weise fort, so werden wir in 42 Jahren mindestens 1470 Milliarden Mark allein für Alkohol und Tabak ausgegeben haben, also ungefähr die Hälfte von dem, was der Feindbund von uns an Kriegsschuldung verlangt. Mit Recht sagt man bei uns, daß die führenden Kreise in den Ländern unserer Feinde, die die obengenannte schwindelhafte Summe in 42

geldner eines A
her, w
land, u
Angekl
will, a
Urteil
eine dr
holkm
einführ
Entgeg
minarte
Stadt
Beitrag
holme
haus
Wen
und G
aber
brant
Landes
das W
bemerk
Ratoff
möht
zuliege
sammen
und 3
nicht er
und se
durchgr
erläuter
besonder
trawer
Wirt
große
freie
Schick
amerikan
es ver
us zu
Kleiner
stimmu
schlag
an die
„Eine
von G
die Reg
Gleich
schick
zu treffe
Beitrag
nahrung
regieru
An unse
daß die
der so
und bos
und so
unfere
trauten
bank e
in der
den Al
auch
Inter
nicht im
Die reg
welt un
stisch
in erfre
legen

Jahren
man dan
nung als
sich für
Summe
werbstra
ausgab
Volk der
genäh
gen oder
das in
den in
Kredit
ein

In
Schmad
staben
Reiche
sich in
Gefäng
Eisenbah
die Fisch
Zentner
kaum auf
Champag
Zentner
Weg geh

Richt
obierung
der Alkoh
niederer
Tabakfab
an dem
unserer

— Un
scholl, ist
instruiert
fragen Sie
Widder
noch Supp
-Hähnel!

— De
von meien
Häsel du

Im Kohlenbergbau haben Verhandlungen über Lohnfragen und Mehrförderung zu einer vorläufigen Einigung geführt, die Deutschland mindestens für einige Zeit vom Bezug ausländischer Kohle unabhängig machen kann.

Die die „Zeit. Mittagspost“ aus Hamburg berichtet, hatte ein Mitinhaber einer Jossbuder Firma auf dem Hamburger Hauptbahnhof seine Aktientasche mit Briefmarken im Katalogwert von 500 000 M. verloren. Ein ehrlicher Finder lieferte die Tasche mit den Marken ab; doch hat ein unbekannter Schwindler das Fundstück auf betrügerische Art beim Fundbüro der Eisenbahn ausgeliefert erhalten. Es handelt sich vornehmlich um Marken englischer Kolonien im Katalogwert von 30 000 Francs, deutscher Kolonien, der russischen Post in China, sowie Mitteleuropas und Altibersee.

Ein außerordentlich starkes Erdbeben wurde gestern nachmittags kurz vor 2 Uhr in verschiedenen Orten der Provinz Bernland beobachtet. Ein Erdbeben von dieser Stärke hat in Schweden seit 1904 nicht mehr stattgefunden.

Der Reichstag tritt am Dienstag, den 13. Juni, wieder zusammen.

Die neue französische innere Kasse wird im Betrag von 3290 Millionen Francs am 26. Juni ausgegeben.

Familiennachrichten

Gestorben: Martin Großhans, 68 Jahre, Althalden.

Handelsnachrichten

Dollarkurs am 10. Juni 196,80 Mark.

1000 Stk. Kronen 38% Schweizer Kappen.

Sohner A.-G., Trossingen. Die Gesellschaft beabsichtigt ihr Aktienkapital von 9 auf 21 Millionen zu erhöhen.

Schäpffpreise für Holzwaren. Durch eine Verfügung des württ. Arbeitsministeriums werden die Schäpffpreise für Holzwaren erneut herabgesetzt. Es kosten künftig je 1000 Stück: Buchweine 1770 M., Bucher 1820—1900 M., Buchweine württ. Format 2370 M., Fernweine 2400 M., Buchweine 2430—3140 M., Württembergische 2860 M., 3050 M., Holzweine 4420—4700 M., Doppelschiffenweine 4900—5230 M., Dreifachweine, je nach Lichtweite 2100—3140 M.

Erneute Erhöhung der Bierpreise ab 15. Juni. Die württ. Brauereien beschließen, mit Wirkung vom 15. Juni ab die Bierpreise ab Brauerei wiederum wesentlich (man spricht von 200 M. für das Hektoliter) zu erhöhen. Die Erhöhung wird begründet mit der fortwährend weiter steigenden Teuerung für alle Rohstoffe und Bedarfsartikel, sowie der gewaltig steigenden Löhne und Gehälter.

Am 10. Juni. Hüttenversteigerung. Die Versteigerungsjenrals wachte 2800 Großschichteln, 4800 Kalbfelle und 250 Schaffelle zum Verkauf. Die Preise zogen um ca. 10 Proz. an. Die Ochsenhäute erzielen 40,50 bis 51 M., Bullenhäute 41,50 bis 55,95 M., Kalbfelle 81 M. 84 M., Schaffelle 30,75 M. pro Pfund.

Recht, 11. Juni. Die Schwankungen auf dem Devisenmarkt schließen fast jede feste Preisgestaltung auf dem Getreidemarkt aus. Daher ist das Geschäft flüchtig und beschränkt sich auf den notwendigsten Bedarf. Der Weizenmarkt ist gering. Futtermittel sind infolge der anhaltenden Trockenheit stark gestiegen. Kirchen aus dem Oberland sind in großen Mengen zu 4 M. das Pfund angeboten. Man rechnet jedoch, wenn der Weizen der Getreidemarkt einleitet, mit bedeutendem Preisrückgang.

Herrenberg, 10. Juni. Schweinemarkt. Zufuhr 65 Stück Milchschweine und 15 Stück Mäuserschweine. Das Paar Milchschweine kostete 3200—3800 M., das Paar Mäuserschweine 4000—4800 M. Verkauf gut.

Wetterausblick am Dienstag.

Zahlreiche Bewölkungen mit ausgedehntem Regen und einiger Abkühlung.

Bezirksfürsorgestelle Nagold.

Der Sprechtag des Versorgungsausschusses Calw in unserer Kanzlei ist vom 14. auf Mittwoch den 21. Juni verlegt worden. 2157 Den 10. Juni 1922. Rieger.

Couverts

mit Aufdruck liefert Buchdruckerei G. W. Zaiser.

Ein 1/4 jähriges



Zucht-Rind hat zu verkaufen 2154 Fr. Nisch, Gündringen.

Am Montag den 12. Juni,

abends 7 Uhr verpachtet an Ort und Stelle den

Grasertrag

seines Baumguts (24 A.) bei Oberkirch 2154

Ehr. Hünzler, Mehrgemeister.

Ca. 12 Stk. guterhaltene

Kartoffeln

verkauft. 2164 Wer? sagt die Geschäftsstelle d. Blattes.

Soeben erschienen:

1. **Taschenfahrplan Kleine Ausgabe (gelb).** Enthält alle Fahrzeiten der Haupt- und Nebenbahnen in Württemberg und Hohenzollern samt Anschlüssen. Preis Mk. 12.—.

2. **Taschenfahrplan Große Ausgabe (rot).** Für Württemberg, Hohenzollern und wichtigste Anschlußstrecken in Baden, Bayern, Hessen, Vorarlberg, der Pfalz und der Schweiz. Mit Anschluß- und Fernverbindungen, Kraftwagen- und Postfahrten sowie Straßenbahnen. Preis Mk. 22.—.

Borrätig bei

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Statt jeder Besonderen Anzeige.



Trauer-Anzeige.

Verwandten und Bekannten machen wir die schmerzliche Mitteilung, daß unsere liebe, gute und treubeforgte Mutter, Schwiegermutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Stahl geb. Walz Gastwirts Witwe

im Alter von 66 Jahren am Sonntag früh nach langem Leiden zur langersehnten Ruhe eingehen durfte.

Um stille Teilnahme bitten

die trauernden Hinterbliebenen.

Beerdigung: Dienstag nachmittag 1 Uhr.

Nagold, 12. Juni 1922.

2160

Nagold.

Lüchtiger

Arbeiter

kann eintreten bei 2160

M. Wurster, Schreinermeist., Lanarstraße.

Schreiner gesucht.

Lüchtiger 2156

Wöbel- und Bauschreiner,

oder solcher, welcher sich auf gute Bauarbeit einarbeiten möchte, findet sofort dauernde Arbeit bei

Gottlob Heiber, Schreinermeist., Hailerbach.

Mädchen

tüchtig für Küche und Haushalt findet sogleich angenehme, bestbezahlte Stelle bei Fabrikanten-Familie.

Anträge erbittet 2162

Berta Harner, Ebingen.

Besser möbliertes

Zimmer

für sofort gesucht.

Angebot unter M 377 erbeten. 2161

1 1/2 Bietel

Wiese

im Wasser verpachtet Dienstag abend 7 1/2 Uhr. Zusammenkunft beim elektrischen Wert 2155

G. Freythal.

Bezirkswirtsverein Nagold.

Am nächsten Mittwoch, den 14. d. M., nachmittags 4 Uhr findet bei Kollege Karlenbauer 3. Löwen in Nagold eine

Bersammlung statt.

Tagesordnung:

Erhöhung des Bierpreises.

Beschließens.

Wozu sämtliche Wirtse, auch Nichtmitglieder, dringend eingeladen werden. 2163

Der Ausschuß.

Gesuch:

2 bis 3 jüngere Arbeiter können sofort eintreten.

William Posner, Ebhausen, Metallwarenfabrik.

Heftschrone empfiehlt G. W. Zaiser, Nagold.

Laufend

2160

Heimarbeit

von rohem Alpakageflecht vergibt an erstklassige Heimarbeiterinnen.

J. Möller, Wildberg.

Hohen Verdienst

bietet, haupt- oder nebenberuflich durch Uebernahme einer Verwaltungsstelle der Würtbg. Versicherungsverein a. G. Stuttgart, Charlottenbau. 2152

Lebens-, Kinder-, Kranken-, Arzt- und Apothekekostenversicherung.

Mode und Wäsche

Illustrierte Zeitschrift mit Schnittmusterbogen für die praktischen Interessen der Frauenwelt

Probenummern kostenlos.

Bestellungen nimmt jederzeit entgegen

G. W. Zaiser, Buchhandlung, Nagold.

Spurlos verschwunden.

und alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitläsen, Milieum und durch Ugliden Geruch der eiden

Steckenpferd-Teerschwefel-Seife

von Bergmann & Co., Radebeul

Zu hab. i. d. Apoth., Drog. u. Parfüm.

Apoth. Th. Schmid 1339

Löwen-Drog. Gebr. Benz

Louis Bökle, Friseur.

Nagold. 2159

Lichtspielhaus z. „Löwen“

Heute abend 8.15 Uhr

der spannende Detektiv-Schlager

Das Chamäleon

in 6 Akt. Hauptdarsteller

Stuart Weiss, sowie

Beiprogramm in 2 Akt.

Zum sofortigen oder späteren Eintritt eine Anzahl

Börsenmacherinnen

zum Teil für Heimarbeit gesucht.

Metalwarenfabrik Nagold

G. m. b. H. 2127

Redegewandter Herr

unbescheiden, nicht unter 21 Jahren, wird zur Vermittlung von Lebens-, Kinder- und Sterbegeld-Versicherungen von gut eingeführter Gesellschaft

gesucht.

Ankennung erfolgt durch einen Direktionsbeamten. Schon nach kurzer Probezeit erfolgt vertragl. Anstieg mit hoch. festen und stet. Bezügen. Deuten, denen es an dauernder Stellung gelegen ist und genaunte Eigenschaften besitzen, wobl. Off. unt. S.C. 2413 an Rudolf Woffe, Stuttgart, einreichen. 2160

Gute Bücher

mitgeteilt u. zu beziehen durch G. W. Zaiser Buchhandlung Nagold.

(Alle Preise unverbändlich.)

Am Lebensquell. Ein M Hausbuch u. geschlechtl. Erziehungs 30.—

Dittler, Stigler-Büchlein, Landschafts-Studien für jedermann 6.—

Chler, Briefe aus meinem Kloster 77.—

Knapp, Michael Gublotus. Der Roman eines religiösen Menschen 47.—

May, Welche Werte habe ich nach dem Reichsministerium zu zahlen oder zu erhalten? Ein V. haben für die Praxis 8.—

Ott, Christl. Volkserneuerung durch die Erklärungen i. Feld 22.—

Rühl, Gedichte der deutschen Dichtung 32.—

Sarikel, Hedwig und Bernhard. Ein Idyll 42.—

Sieben Sektoren der Verdicht. Eine Bar-nung f. eogl. Christen 1.25

Steinmüller, Gedichte an das deutsche Volk: Kultur- und meinung 50.—

Vortisch, Mutter und Kind. Ein Erz. l. Ratgeber f. junge Frauen 17.50

